



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Die klinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt flächendeckend krisenfest gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die klinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt - insbesondere im ländlichen Raum - gerät zunehmend in eine deutliche Schieflage. Grund hierfür ist nicht zuletzt die mangelnde Ausfinanzierung von Kinderkliniken. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es eines zukunftsweisenden, dynamischen Finanzierungsmodells, das eine flächendeckende Versorgung perspektivisch garantiert.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für die Abkehr vom DRG-System und die Entwicklung eines Finanzierungsmodells für Kinderkliniken ein, das die Zukunft der klinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen, gerade auch im ländlichen Raum, sicherstellt.
2. Die Landesregierung unterstützt Bundesratsinitiativen einzelner Länder, die die sichere Ausfinanzierung von Kinderkliniken fordern, z. B. aktuell die des Landes Mecklenburg-Vorpommern.
3. Die Landesregierung erstellt ein dynamisches Konzept zur Gewinnung von Fachärztinnen und Fachärzten im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin für das Land Sachsen-Anhalt, das die aktuellen Bedarfe berücksichtigt und zukunftsweisend ausgerichtet ist.
4. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass Fachärztinnen und Fachärzte der Kinder- und Jugendmedizin, die in Kinderkliniken oder Fachabteilungen für Kinder- und Jugendmedizin tätig sind, zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung ermächtigt werden (nach § 116 SGB V), um in unterversorgten Regionen auch die ambulante Versorgung sicherzustellen.

(Ausgegeben am 02.09.2020)

Begründung

Seit Jahren mangelt es - nicht nur im Land Sachsen-Anhalt - an einer ausreichenden Investitionsförderung für die Krankenhäuser, die sich an den realen Bedarfen ausrichtet, ein Umstand, der erheblich zu der aktuellen Krisensituation der Krankenhauslandschaft beigetragen hat. Der Charakter der Pauschalförderung verhindert per se jede Art der Steuerung. Dies ist nur einer der Gründe, weshalb die Krankenhausfinanzierung zwingend neu geordnet werden muss.

Untrennbar damit verbunden ist die fragile stationäre Versorgungsstruktur von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt, die das Resultat einer über Jahre hinweg bestehenden ungeeigneten Art der Ausfinanzierung, einer unzureichenden Krankenhausinvestition seitens des Landes (siehe oben) sowie nicht zuletzt des Mangels an geeignetem Fachpersonal - insbesondere für den ländlichen Raum (siehe Gardelegen) - ist. Diese Situation erfordert einerseits die zeitnahe Entwicklung eines dynamischen Konzeptes zur Gewinnung von Fachärztinnen und Fachärzten für Kinder- und Jugendmedizin, das sowohl die aktuellen Bedarfe fokussiert, dabei aber auch die zukünftige Ausrichtung im Auge behält.

Darüber hinaus wäre es ratsam, bestehende stationäre Strukturen zu nutzen, um auch eine ambulante Versorgung sicherzustellen, insbesondere im ländlichen Raum. Ein möglicher Weg wäre, die Fachärztinnen und Fachärzte für Kinder- und Jugendmedizin, die in Kinderkliniken oder Fachabteilungen für Kinder- und Jugendmedizin an Krankenhäusern tätig sind, zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung nach § 116 SGB V zu ermächtigen. Eine Win-Win-Situation.

Andererseits ist es vonnöten, ein Finanzierungsmodell zu entwickeln, das bundesweit die auskömmliche und krisenfeste Ausfinanzierung der Kinderkliniken sicherstellt. Das bestehende DRG-System hat sich hierfür als ungeeignet erwiesen. Der Entwurf des „Gesetzes zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege“ (Versorgungsverbesserungsgesetz) sieht ab 2021 für Kinderkrankenhäuser und Fachabteilungen für Kinder- und Jugendmedizin eine jährliche pauschale Förderung in Höhe von 400.000 Euro vor. Dies mag im Einzelfall kurzfristig helfen, ändert aber nichts an dem Umstand, dass erst ein neues solides, dynamisches Finanzierungsmodell, das sich an den tatsächlichen Bedarfen der Kinderkliniken ausrichtet, Abhilfe schaffen kann.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender